

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,-
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung- und
Bauhilfen-Anzeigen die
3 geteilte Kolonnen-Zeile
50 P.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey,
Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Jahresbericht der Generalkommission über 1917.

Dem eigentlichen Tätigkeitsbericht vorangestellt ist eine Uebersicht über die Entwicklung der freien Gewerkschaften während des Krieges. Am 30. Juni 1914 war ein Mitgliederbestand von 2 510 585 vorhanden. Am Schlusse des Jahres 1916 hatten die Gewerkschaften ihren größten Tiefstand mit 949 633 Mitgliedern erreicht. Ende des Jahres 1917 war ihre Zahl bereits wieder auf 1 1/2 Millionen gestiegen. Eine Reihe von Verbänden war genötigt, den Verhältnissen Rechnung tragend, ihre Beiträge zu erhöhen und zugleich eine entsprechende Regelung des Unterstützungswesens eintreten zu lassen. Die verringerte Mitgliederzahl hat sowohl die Generalkommission als auch die Gewerkschaftskartelle in ungünstige Situationen gebracht, da die von den Verbänden entsprechend ihrer Mitgliederzahl geleisteten Beiträge zur Erfüllung der gleichbleibenden Verpflichtungen nicht mehr ausreichten. An die Generalkommission wurden deshalb Vorschläge für Beiträge entrichtet.

Das kritische Verhalten einiger Verbandsvorstände gegenüber der Generalkommission hatte seinen Grund weniger in gewerkschaftlichen Fragen, als vielmehr in der Haltung der Generalkommission in politischen Fragen, zu denen sie Stellung nehmen mußte. Doch wurden auch hier keine Meinungsverschiedenheiten entstanden sein, wenn sie nicht durch den Streit in der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen wären. Die Gewerkschaften hätten ihre seit einem Vierteljahrhundert vertretenen Auffassungen preisgeben müssen, hätten sie den Wünschen der Minderheit Folge leisten wollen. Die Notlage der Massen während des Krieges wurde von der Minderheit ausgenutzt, die sich durch die Zustimmung in den Versammlungen täuschen ließ, die Trennung von der Parteimehrheit zu vollziehen. Diese Trennung in den Gewerkschaften herbeizuführen, war die Absicht der treibenden Kräfte von dem Zeitpunkt an, als sie einsehen mußten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen für ihre Theorien nicht zu gewinnen seien. Was sie von den Gewerkschaften fordern, ist ja nicht neu. Es ist die anarchistisch-syndikalitische Tendenz, die aus den Gewerkschaften einen politischen Machtfaktor auf einem Gebiete machen will, das ihrem Wesen fernliegt.

Die Gewerkschaften und ihre Taktik sind abhängig von den gegebenen wirtschaftlichen Machtfaktoren, und deshalb können sie keine unabhängige Politik treiben. Praktische Erfahrungen haben die Arbeiter veranlaßt, sich ihre Gewerkschaften nicht zerstreuen zu lassen.

Das Zusammenarbeiten mit den Zentralkartellen anderer Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände wurde im Interesse der Arbeiterchaft beibehalten. „Es läßt sich nicht leugnen, daß die Vertreter der andern Gewerkschaftsgruppen und der Angestelltenverbände bei den Verhandlungen während der Kriegszeit oft mehr Solidaritätsgefühl und Klassenbewußtsein zeigten als diejenigen, die im Namen des Klassenkampfes die Arbeiterchaft politisch auseinandergerissen haben.“

Es wurden gemeinschaftliche Eingaben gerichtet an das Kriegsernährungsamt, an den Reichskanzler, den Reichstag und den Bundesrat. So zum Entwurf eines Gesetzes betreffend Arbeitskammern und gewerbliches Einigungswesen. Ueber die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes haben mehrfach Verhandlungen mit dem Kriegsamt stattgefunden. Das Kriegsamt hat im allgemeinen den berechtigten Anforderungen der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände Rechnung getragen. Von Unternehmerseite ist wiederholt der Versuch gemacht worden, eine größere Bindung der Arbeiter an die Arbeitsplätze herbeizuführen, als es nach den geltenden Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes möglich ist. Die Arbeitervertreter forderten bei der Beratung dieser Frage im Kriegsamt, daß keine Entlassung eines Reklamierten durch den Unternehmer vor Ablauf der Reklamationsfrist stattfinden darf und daß Meldungen vom Wechsel der Arbeitsstelle eines Reklamierten nicht an das Bezirkskommando gehen dürfen. Die Berechtigung dieser Forderungen wurde von den Kriegsamtvertretern anerkannt, von ihrer Durchführung ist aber bis jetzt nichts zu hören gewesen. Der die damaligen Verhandlungen leitende General hat anheimelnd das Schicksal des ersten Leiters des Kriegsamts, des Generals Gröner, geteilt, dem die Unternehmer ihre Mittelmänner das Verbleiben im Amte unmöglich machten, weil er die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer zur Geltung bringen wollte. Jedenfalls muß man aber auch ihm zugestehen, daß er den guten Willen hatte, dem gleichen Recht Geltung zu verschaffen. Unter seinem Vorstoß und unter Anteilnahme der Arbeitervertreter wurde der Arbeiterchaft der kriegswichtigen Betriebe ein Entschädigungsanspruch wegen Ausbleibens infolge Kohlemangels zubilligt.

Die intensive Betätigung der Gesellschaft für soziale Reform und insbesondere der von ihr gegründeten Kommissionen zur Ausgestaltung des Arbeiterrechtes veranlaßten die Generalkommission, der Gesellschaft für soziale Reform beizutreten.

Die Durchführung der erstrebten sozialen Reformen ist abhängig von dem Einfluß, den die fortschrittlichen Kreise auf die maßgebenden Stellen ausüben vermögen. Es machen sich aber Strömungen geltend, die jeden Fortschritt und den freizeitlichen Ausbau in Deutschland zu hintertreiben suchen. Diese Strömungen haben ihre Spitze in der sogenannten Vaterlandspartei. Hier haben wir die Zusammenfassung der reaktionären Kräfte, der Gewaltpolitiker nach innen und außen. Demgegenüber ist es notwendig, daß sich alle Kräfte vereinigen, die eine Verständigung mit den andern Völkern und den Ausbau des Staates auf der Grundlage des Rechtes wollen. Diese Vereinigung ist durch die Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland geschaffen, dem die Organisationen der Arbeitnehmer und der wissenschaftlichen Kreise Deutschlands angehören. Die Generalkommission ist nach Beschluß der Vorstandskonferenz vom 22. November 1917 dem Volksbunde beigetreten.

Im Zentralkomitee der Vereine vom Roten Kreuz ist die Generalkommission gleichfalls vertreten. Es sind Leitfäden aufgestellt, nach denen Werkstätten für Arbeitstherapie errichtet oder die von der Kriegsebeschädigtenfürsorge geschaffenen Einrichtungen und während des Krieges gemachten günstigen Erfahrungen übernommen werden sollen.

Die Generalkommission ist ferner dem Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur beigetreten, um den minderbemittelten Volkstheatern künstlerische Darbietungen, insbesondere die besten Theater zugänglich zu machen. Mit seiner Hilfe soll das Theater, das heute größtenteils reines Geschäftsunternehmen ist, zur Pflegestätte gediegener Kunst werden und der Belehrung und Erziehung dienen. Der veredelnde Einfluß guter theatralischer Darbietungen auf Geist und Gemüt wird leider auch in unsern Reichen nicht immer voll gewürdigt.

Die Versuche, eine Verständigung über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag unter den Gewerkschaften aller Länder herbeizuführen, sind von der Generalkommission nach besten Kräften unterstützt worden. Sie war auf den internationalen Gewerkschaftskongressen in Stockholm am 8. Juni 1917 und in Bern am 1. Oktober 1917 vertreten. Desgleichen auf den Kongressen der gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Ungarn, Schweden und Norwegen.

Im Jahre 1917 betrug die Gesamteinnahme 413 904,81 Mk., die Gesamtausgabe 527 974,09 Mk., so daß sich ein Fehlbetrag von 114 069,28 Mk. ergibt. Das Vermögen der Generalkommission ist von 338 217,28 Mk. auf 224 148 Mk. zurückgegangen. Den erhöhten Mehrausgaben standen keine entsprechend erhöhten Einnahmen gegenüber.

Das „Korrespondenzblatt“ hat infolge des Papiermangels eine weitere Einschränkung erfahren. Sein Jahresumfang ist von 800 auf 736 Seiten (einschließlich der Beilagen) zurückgegangen. Die Auflage im abgelaufenen Jahr betrug 27 000 Exemplare.

Das Arbeiterinnensekretariat hatte eine umfangreiche Tätigkeit zu entfalten, sowohl als Anstaltsstelle wie auch durch Vertretung in verschiedenen Körperschaften und Kommissionen, die sich mit Frauenfragen während der Kriegswirtschaft zu beschäftigen haben. Außerdem war die Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ zu erledigen.

Der Bericht über die Sozialpolitische Abteilung bedauert, daß der Arbeiterschutz während des Krieges in den Hintergrund gedrängt wurde. Die umfangreichen Ausnahmen besonders in der Rüstungsindustrie haben zu lebhaften Beschwerden Anlaß gegeben. Die Unterstützungsätze für Familienmitglieder der Eingezogenen sind erhöht worden, veranlaßt durch einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag. Die Generalkommission hat in Gemeinschaft mit den andern Gewerkschaftsleitungen dem Preussischen Landtag eine Petition unterbreitet, die den paritätischen Ausbau der Arbeitsnachweise fordert. Auch vom Reichstag wurde eine Petition der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die Generalkommission hat sich an den Bestrebungen des deutschen Wohnungsausschusses beteiligt. Gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften hat die Generalkommission das Verlangen gestellt, die Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes betreffend Aushang von Lohnverzeichnissen und Beraufschlagung von Lohnbüchern und Lohnzetteln in Kraft treten zu lassen. Die Regierung ist dem nachgekommen, jedoch in unzureichendem Maße. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung wurden Anträge auf Heraufhebung der versicherungsfähigen Einkommensgrenze gestellt. Dem ist teilweise durch Bundesratsverordnung Rechnung getragen. Auf Anregung unserer Vertreter erhalten die Frauen der im Hilfsdienst Beschäftigten usw. Böhnerinnenunterstützung. Erhöhung der Invaliden-, Witwen- und Wöchnerinnenrente wurde durch Eingabe an den Reichstag gefordert. Eine teilweise Erhöhung ist dann auch eingetreten. In der Ernährungsratsfrage, der Kohlenversorgung und vielen andern die Arbeiterchaft berührenden Tagesfragen hat die Generalkommission versucht, im Interesse der Minderbemittelten in erster Linie zu wirken. Zur Regelung der Ubergangswirtschaft wurden der Reichsregierung umfangreiche Vorschläge unterbreitet; desgleichen erging eine Eingabe an das Reichsamt des Innern, worin Stellung genommen wurde zur Beschäftigung der Arbeiter in solchen Industrien, die erst vom Reich monopoliert werden sollen.

Das Zentral-Arbeitersekretariat berichtet über 4167 beim Reichs-Versicherungsamt anhängig gemachte Rekurse. Beim Sekretariat gingen 587 neue Aktenstücken zur Vertretung ein. Die Zahl der eingelaufenen Anzeigen ist 868, die der Auskünfte 1052.

Der hier gegebene Auszug aus dem Jahresbericht ist nicht erschöpfend, gewährt aber immerhin schon einen Einblick in die im Interesse der Arbeiterschaft ausgeübte umfangreiche Tätigkeit der Generalkommission und ihrer Institutionen auf den verschiedensten Gebieten. Wenn angesichts dessen verschiedentlich das Verlangen gestellt wird, die Generalkommission müsse die alte Taktik wieder einschlagen, so sieht man vor einem psychologischen Rätsel. Die Generalkommission hat sich vom alten Geiste leiten lassen, auch wenn sie neue Aufgaben zu erfüllen hatte. Nach dem Kriege, wenn die Gemüter ruhiger geworden sind, wird die richtige Würdigung dieser Tatsache wohl eintreten.

Der Verband nach 45 Kriegsmonaten.

Das Ergebnis unserer Statistik über die Mitgliederbewegung im Monat April kann nicht als befriedigend bezeichnet werden. Gatten wir im März 4648 Neuaufnahmen zu verzeichnen, so im April nur 2509, denen aber wieder 2024 Austritte gegenüberstehen. Es bleibt somit nur ein Gewinn von 485 Mitgliedern. Von den Neuaufnahmen entfallen auf die männlichen 1142 oder 45,52 Prozent, auf die weiblichen 1367 oder 54,48 Prozent. Ausgeschieden sind 747 männliche und 1277 weibliche Mitglieder, d. h. von den gewonnenen weiblichen Mitgliedern gingen 93 Proz. wieder verloren, während von den männlichen 65 Proz. wieder ausgeschieden. Ob für diese auffallende Erscheinung bestimmte Gründe vorliegen, die zu ändern oder zu beseitigen nicht möglich sind (z. B. Stilllegung von Betrieben), ist nicht bekannt geworden, wenigstens enthält die Statistik darüber keine Angaben. Liegen außergewöhnliche Gründe für den hohen Abgang, insbesondere der Frauen, nicht vor, so kann nur intensivere Kleinarbeit vorbeugend wirken.

Berichtet haben für den Monat April 388 Zahlstellen, 81 haben keine Angaben gemacht. In den berichtenden Zahlstellen waren vorhanden:

	Am 1. August 1914	Am 31. März 1918
männliche Mitglieder am Orte	165 671	68 020
im Heeresdienst	—	100 547
weibliche Mitglieder am Orte	27 242	39 272
Zusammen	192 913	207 839

Am 30. April betrug die Zahl der ortsausscheidenden Mitglieder in den berichtenden Zahlstellen 107 292. Zum Heere eingezogen sind 100 547. Zählt man diese hinzu, so ergibt sich ein Bestand von 207 839 gegen 192 913 bei Kriegsausbruch. Das ist ein Mehr von 14 926 nur in den berichtenden Zahlstellen. Selbst man die als gefallen oder gestorben gemeldeten 9814 Mitglieder in Abzug bringt, bleibt noch ein Mitgliedererwerb von 5112. Ueber die Mitgliederbewegung in den berichtenden Zahlstellen gibt die folgende Tabelle Aufschluß. Sie umfaßt allerdings nur die berichtenden Zahlstellen, deren Zusammenziehung und Zahl jeden Monat eine andre ist. Bei der Vergleichung der Monatsergebnisse ist also die angegebene Tatsache zu berücksichtigen. Aber als Maßstab für die Entwicklung des Verbandes genügen die Zahlen. Seit April 1917 ergeben sich in den einzelnen Berichtsmonaten diese Zahlen:

Monat	Mitglieder angesetzt			Mitglieder ausgeschieden		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
April	1482	2597	4079	423	657	1080
Mai	1595	2632	4227	555	794	1349
Juni	2167	2794	4961	692	1119	1811
Juli	1692	3378	5070	547	1461	2008
August	2055	3466	5521	604	1337	1941
September	2331	3276	5607	843	1395	2238
Oktober	1819	2462	4281	636	1168	1804
November	1010	3160	5170	597	1456	2053
Dezember	2300	3080	5380	1149	1348	2997
Januar 1918	1390	1751	3141	616	1185	1801
Februar 1918	1876	2310	4186	831	1558	2389
März 1918	2064	2584	4648	689	1434	2523
April 1918	1142	1367	2509	747	1277	2024
	23 926	34 860	58 786	9329	16 659	25 988

Die Zahl der Arbeitslosen hat eine kleine Zunahme erfahren. Im März betrug ihre Zahl 219, im April dagegen 329. Das entspricht auch dem Stande der Arbeitslosenzahl in den Fachverbänden überhaupt, die nach dem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ gleichfalls eine kleine Steigerung aufweist. In die Arbeitslosen wurden 2871 Mk. an Unterstützung ausbezahlt; außerdem an 1715 Kranke der Betrag von 43 978 Mk.

Aus den Parlamenten.

Die Wahlrechtsvorlage

hat nunmehr im preussischen Abgeordnetenhause die dritte Lesung passiert. Der § 3 der Vorlage, der wichtigste von allen, der besammlich sagt, jeder Wähler hat eine Stimme, wurde abermals abgelehnt, und zwar mit 233 gegen 164 Stimmen. Vom Zentrum war diesmal eine größere Anzahl ins Lager der Gegner des gleichen Wahlrechts abgewandert. Gegen diese wendeten sich die eigenen Parteifreunde, die Zentrumsgesandten Druff, Gronowitsch, Damer, Schmidt, (Cons.) und Vogelgang, indem sie in Ablehnung an die Beschlüsse des Grönländischen Arbeiterkongresses Verbesserungsanträge stellten, die aber mit Hilfe etwa eines Drittels der Zentrumsfraction abgelehnt wurden. Nur die Sozialdemokraten und Volkspartei stimmten geistlich dafür.

Beschlossen wurde ein Mehrstimmensystem. Wer über 50 Jahre alt ist, soll eine Zusatzstimme erhalten. Ferner soll eine zweite Zusatzstimme erhalten, der entweder als selbständiger Unternehmer oder leitender Oberbeamter mindestens ein Jahr tätig ist oder mindestens 20 Jahre tätig war, oder der als Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kirchen-, Schulbeamter mehr als 10 Jahre tätig ist oder

war, wer ehrenamtlich oder festangestellt mindestens 10 Jahre als Angestellter im Sinne des Gesetzes vom 20. Dezember 1911 tätig ist oder war, wer mehr als 10 Jahre als Unterbeamter (bis zum „Rottenführer“ herab) tätig ist oder war. Von der Gnade und Willfür des Unternehmers soll es abhängig sein, ob ein „Rottenführer“ mit einer oder mit zwei Stimmen begabt wird. Für den kapitalistischen Unternehmer genügt ein Jahr „Tätigkeit“, und er bekommt die Zusatzstimme, die tüchtigsten Beamten und Angestellten aber müssen mehr als 10 Jahre amtiert, ehe sie diese Zusatzstimme erhalten. So sollen auch die Kriegswürdiger und Warenaufschieber, denen der Nachweis einer einjährigen „Unternehmer-tätigkeit“ leicht sein wird, für ihre Volkswirtschaftung noch extra belohnt werden.

Ein Antrag, auch den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu geben, wurde abgelehnt. Es war auch nicht zu erwarten, daß diese Landtagsmajorität den Mann, der seit vier Jahren im Schützengraben liegt, oder den Kriegsinvaliden gleich hoch einschätzen würde wie den Würdiger, der Kriegserfahrungen und deren Kinder ausstaut. Beschlossen wurde ferner, daß wahlberechtigt nur sein soll, wer seit 2 Jahren am Wahlort wohnt. Sditer genügt ein halbes Jahr.

In der Regierungsvorlage war eine einjährige Wohnpflichtdauer verlangt. Nun aber soll der zweijährige Wohnsitz die Voraussetzung für das Wahlrecht sein. Wird dies Gesetz, dann ist Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten das Wahlrecht geraubt! Reichsgesetzlich ist jedem Bürger das Freizügigkeitsrecht gegeben. Die Kriegswirtschaft hat kolossale Massenverchiebungen bewerkstelligt; nach dem Kriege wird infolge der total geänderten nationalen und internationalen Wirtschaftsverhältnisse wieder eine riesige Massenfluktuation eintreten und wer weiß wie lange anhalten. Zahllose Betriebe sind stillgelegt und werden nicht wieder entstehen, manche Gewerbebezirke sind so gut wie ganz verschwunden. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte werden nach Brot und Arbeit auf die Wanderung gehen müssen. Dann genügt es, daß sie von einer Gemeinde in eine Nachbargemeinde verziehen, schon haben sie ihr Wahlrecht verloren! Also müssen sie entweder auf ihr Freizügigkeitsrecht verzichten, sich dem Unternehmertum bedingungslos unterwerfen, oder sie müssen auf ihr höchstes politisches Recht, das Wahlrecht, Verzicht leisten.

Gekrönt wurde das Machwerk durch den Beschluß, daß in Zukunft alle Änderungen der Verfassung nur mit einer Dreiviertelmehrheit vorgenommen werden können.

Alle diese Neuerungen entziehen in erster Linie die Arbeiter-schaft, im allgemeinen aber auch die Minderbemittelten, insbesondere also auch Leute, die durch den Krieg ihre Existenz verloren haben, und dazu gehört die große Zahl der Kleingewerbetreibenden.

Man hat das Empfinden, daß die Vertreter einer kleinen Minderheit des preussischen Volkes der Mehrheit und der Regierung bei jeder Lesung der Wahlrechtsvorlage flüchtende Ohren zuzuschlagen. Warum handelt die Regierung nicht nach ihrer Überzeugung und entsprechend ihrem Programm? Warum löst sie den Landtag nicht auf? Die Arbeiterschaft ist heute der festen Meinung, es soll dem ausgeprochenen Wunsch der Hochbebrand und Krende Rechnung getragen werden, der dahin geht, die Wahlrechtsvorlage bis nach dem Kriege zu verschleppen. Und haben wir erst den Krieg hinter uns und die heutige Regierung muß einer andern Platz machen, dann sei die Wahlrechtsvorlage erledigt. Daß vom Herrenhaus Änderungen im Sinne der großen Masse des preussischen Volkes an dem Wechselbald vorgenommen würden, glaubt doch wohl auch die Regierung nicht. Ueberraschen kann nichts mehr, was von den beiden preussischen Parlamenten kommt, wohl aber empören.

Der Arbeitskommergegesetzentwurf

hat in der betreffenden Kommission des Reichstages eine für die Arbeiterschaft wesentliche Verbesserung erfahren. Die Kommission hat beschlossene Arbeitskommissionen auf territorialer Grundlage aufzuheben, während die Regierungsvorlage sachliche Gliederung vorschlug. Hinter dem Kommissionsbeschlusse stehen die Gewerkschaften aller Richtungen. Ihre Begründung für örtliche Gliederung ist durchschlagender als die Begründung der Regierung für Sach-kommissionen. Nun hat die Regierung erklärt, sie wolle zu dem Beschluß der Kommission ihre Zustimmung nicht in Aussicht stellen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Beratungen abgebrochen, um in den einzelnen Statistiken Entscheidungen herbeizuführen.

Wir stehen jetzt am Ende des vierten Kriegsjahrs. Wenn die Regierung sich zur Einbringung der Arbeitskommerge-Vorlage entschließen hat, so nicht zum wenigsten dieser Tatsache wegen. Sie sollte zeigen, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nachkommen will. Es scheint, als wenn die Regierung den Entwurf der Zeit vollständig verfaule. — Wie jagte Reichmann-Hollweg in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 14. März 1917 bei der Beratung des Herrenhausgesetzes? „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“

Aber die Regierung kann sich, wie es scheint, von dem alten Wahnsinn gegen die Arbeiterschaft nicht losmachen. Es sollen überall Sicherungen geschaffen werden. Zur

Erwählungsfrage

hat dem Reichstagspräsidenten des Reichstages ein Antrag über die Wahl der Reichstagsmitglieder im Reichstagspräsidenten dem Reichstagspräsidenten, d. h. dem Reichstagspräsidenten auf dem Wege der Wahlhandlung erhaltene Entschlüsse zu verschaffen. Die Wahlhandlung ist die Wahlhandlung der Reichstagspräsidenten. Die Wahlhandlung ist die Wahlhandlung der Reichstagspräsidenten. Die Wahlhandlung ist die Wahlhandlung der Reichstagspräsidenten.

Das ist ein Antrag, der die in dem Sinne für das kommende Reichstagsjahr erreichte Wahlrechtsänderung von 6 bis 8 % pro Hund gegenüber den der Beratung zugrunde liegenden Entschlüssen des Reichstagspräsidenten um ein Vielfaches zu hoch angesetzt ist.

Dann ist anzunehmen, daß höhere Wertsätze kommen werden. Das entspricht dem Interesse für die Arbeiterschaft, wenn mit dem eventuellen Kriegsende eine höhere Arbeitsfähigkeit eintraten sollte. Der alte Gedanke, daß die Arbeiterschaft durch die Kriegswirtschaft nicht mehr leidet.

Arbeiterverschüsse alter Prägung.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 21 des „Proletariats“ einen längeren Artikel zu dieser wichtigen Frage. Angeregt hierdurch ergreift nun ein Kollege der Zeitschrift Dresden das Wort, um als Ausschüßmitglied auf Grund seiner Erfahrungen manchen wertvollen Fingerzeig zu geben. Er schreibt:

Da ich selbst einem beratigen Ausschüß als Schriftführer angehöre, habe ich mich oft und auch eingehend mit der Frage beschäftigt: Werden die Arbeiterverschüsse den an sie gestellten Anforderungen gerecht, und wie ist eine Vervollkommnung derselben zu erreichen, um auch nach dem Kriege, wenn die Anforderungen an sie durch Umstellung der Betriebe auf den Friedensbedarf ungleich höhere sein werden, nachdrücklich die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu können.

Kein denkender Arbeiter wird sich der Bedeutung der Einführung (obligatorisch durch Hilfsdienstgesetz) von Arbeiterverschüssen verschließen können, wofür wohl auch der beste Beweis die Antipathie unserer Unternehmer gegen das ganze Gesetz, mit dieser ihrem Herrschaftspunkt ungleichen Einrichtung ist. Man möchte fast sagen, die Unternehmer haben besser als ein großer Teil der Arbeiterschaft begriffen, zu welcher Tragweite und zu welchem Faktor in ihrem Budget sich ein gut geleiteter Ausschüß auswachen kann, wenn die richtigen Leute am rechten Platze stehen und eine zielbewußte, vor allen Dingen gut organisierte Arbeiterschaft hinter demselben steht. Leider fehlen diese Grundbedingungen in einer großen Reihe von Betrieben oder sind nur zum Teil vorhanden, und dadurch wird meist ein sicheres Arbeiten unmöglich, und der Ausschüß auf dem Papier ist fertig. Viel zu lag wird schon bei der Zusammenstellung der Listen und der Vorschläge für die Wahlen zum Arbeiterverschüß verfahren, denn wenn die Arbeiterschaft die Wichtigkeit der Sache begriffen hätte, wäre es nicht möglich, daß in diesen Korporationen so viele Statistiken seien. Ganz gewiß ist auch ihnen der gute Wille, ihren Arbeitskollegen zu nützen, nicht abzusprechen; für den intelligenteren Teil bilden sie aber nur einen Gemüßschmerz, da das Ergreifen der Initiative immer wieder nur von einzelnen ausgeht, ebenso wie das Führen der Verhandlungen selbst. Besteht der Ausschüß zum großen Teil aus ungeeigneten Leuten, dann werden Fragen, welche wohl für die Arbeiterschaft von Wichtigkeit sind, überhaupt nicht zur Sprache kommen, falls sie über den Horizont der Betreffenden hinausgehen. Sehr bald wird die Betriebsleitung herausgefunden haben, daß dieses ihr Ausschüß ist und danach ihre Maßnahmen treffen. So mancher intelligente Kollege steht dann bei Verhandlungen absehend, durch unfruchtbares Arbeiten verbittert, beizuge zum Schaden der Arbeiterschaft. Immer wieder muß der Arbeiterschaft zugeworfen werden: Wählt eure Vertreter sorgfältig, denn der Ausschüß eines Betriebes ist das Spiegelbild der im Betriebe befindlichen Arbeiterschaft. Ebenso wichtig wie diese Frage ist für jedes Ausschüßmitglied die Gewißheit, die Arbeiterschaft in Fragen, welche oft die vitalen Interessen derselben betreffen, auch wirklich hinter sich zu haben. Auch hier vermißt man oft die gewerkschaftliche Reife der Arbeiterschaft. So wenig ermutigend für den Arbeitervertreter schlecht besuchte Betriebs-versammlungen oder dort zum Ausdruck kommende persönliche Reibereien sind, so ermutigend ist das für den Unternehmer. Sehr oft werden die dort gefassten Beschlüsse nicht als der Ausdruck des Willens der gesamten Arbeiterschaft anerkannt, sondern als Produkt einzelner, und demgemäß jaßt er keine Entschüßungen. Auch der pflichtbewußteste Arbeiterverschüß wird seine Aufgaben nicht reiflos erfüllen können, wenn er sich nicht auf eine kräftige Organisation im Betriebe stützen kann. Um das Ausgerichte zu vermeiden, wird er immer wieder zu Kompromissen greifen, welche weder ihn noch die Arbeiterschaft befriedigen, um sich dann oberdem bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit noch seine Unfähigkeit von seinen Kollegen befeigen zu lassen; der Unternehmer nützt diese Schwäche aus, da er weiß, wie es um seine Fappenhemer steht. Hieraus erklärt sich auch der oft wiederkehrende Wunsch der Arbeitgeber, mit ihren Arbeitern selbst zu verhandeln. Doch nicht etwa aus idealen Gründen, nein, er kennt die Abhängigkeit seiner Arbeiter und auch des Ausschüßes, da nützen auch die Schlichtungsorgane nicht als Mittel, und er fährt besser als bei Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Nicht als ob wir etwa abspredend über die geleistete Arbeit der Ausschüße denken wollten. Aber zum Vorteil für die Arbeiterschaft werden sie erst wirken können, wenn in allen Fragen von Bedeutung mit den Gewerkschaften Hand in Hand gegangen wird. Der Vorschlag im „Proletariet“ zur Umwandlung alter Ausschüße in neue, und das Durchlaufen eines ganzen Inkongruenzweges zur Erreichung desselben, ist vor allem, daß für diese Fragen bei der Arbeiterschaft das Interesse erst geweckt wird, sie muß sich erst klar sein, was die Ausschüße in moderner Ausgestaltung für sie bedeuten, sonst wird es in den meisten Betrieben beim alten bleiben.

Richard Mager, Dresden.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Der Teerfarben-Trust 1917.

berichtet über Schwierigkeiten im Farbstoffgeschäft, doch sei die Befriedigung der Kundenschaft gelungen. Der Bruttogewinn ergab 3 066 560 Mk. gegen 2 736 419 Mk. im Vorjahr. Der Reingewinn ist um 102 000 Mk. zurückgegangen. Wie im Vorjahr werden 10 Prozent Dividende verteilt. Die Lantienanzahl ist höher als im Vorjahr, wie aus der Aufstellung ersichtlich ist.

Table with 5 columns: Item, 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, Obligationen, Bruttogewinn, etc.

Die Firma hat eine sogenannte Kriegschadenrüchlage von 998 798 Mk., ein Posten, der zweifellos geeignet ist, sowohl als finanzielle als auch als seelische Gleichgewichts aufrechtzuerhalten. Die

Chemische Fabrik vorm. Weiler-er-Meer

hat ihr Aktienkapital von 8 auf 10,40 Millionen Mark erhöht. Der Reingewinn ist von 5 436 758 Mk. auf 5 657 425 Mk. heraufgegangen. Nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 2 049 874 Mk., aus dem wie im Vorjahr eine 12prozentige Dividende in Höhe von 960 000 Mk. zur Auszahlung gelangt. Bei dieser Firma nimmt das neue Kapital an der Dividende noch nicht teil.

Table with 5 columns: Item, 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, Obligationen, Bruttogewinn, etc.

Die Firma hebt hervor, daß mit der längeren Dauer des Krieges die Wiedergewinnung der alten Stellung im Weltmarkte immer schwieriger werde; weil das Bestreben der Auslandskonkurrenz, sich unabhängig zu machen, naturgemäß durch die längere Zeit erfolgreicher wird. Die

Farbwerke Mühlheim vorm. A. Leonhardt

haben ihren Kapitalbestand nicht verändert. Die Mehrheit der Aktien sind im Besitze der Leopold Cassella u. Co. Das Geschäft hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten und bringt auf seine Stamm-Aktien 4 Prozent, auf die Prioritäts-Aktien 5 Prozent zur Verteilung.

Table with 5 columns: Item, 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, 5% Prioritäts-Aktien, Bruttogewinn, etc.

Leopold Cassella u. Co., G. m. b. H.

in Fechenheim bei Frankfurt a. M. ist keine Aktiengesellschaft, braucht also ihre Geschäftsbilanz nicht zu veröffentlichen. Von ihr kann lediglich mitgeteilt werden, daß sie ihr Kapital von 30 auf 45 Millionen Mark erhöht hat. Die

Chemische Fabrik Griesheim-Elektron

ist zwar nicht speziell Teerfarbenproduzent, gehört aber zur Interessengemeinschaft. Auch diese Firma hat ihr Aktienkapital von 16 auf 25 Millionen Mark erhöht. Das gesamte Kapital nimmt bereits für 1917 an der Dividende in Höhe von 16 Prozent teil; daraus erklärt sich die höhere Totalsumme, die für Dividende-zur Auszahlung kam. Sie beträgt 4 Millionen Mark gegen 3 520 000 Mark im Jahre 1916, obwohl 1916 außer der Dividende von 16 Prozent noch eine Extradividende von 6 Prozent zur Auszahlung kam.

Table with 5 columns: Item, 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, Vortrag, Waren, Bruttogewinn, etc.

Von den neu ausgegebenen Aktien erhielten die alten Aktionäre 8 Millionen zu 107 Prozent und 1 Million die Darmstädter Bank zu 250 Prozent. Schon daraus ergibt sich, welche feines Geschäft die alten Aktionäre mit der Uebernahme der 8 Millionen gemacht haben. Kechnlich liegt es bei einer Reihe bereits genannter Firmen. Der Bruttogewinn ist wesentlich höher als im vorigen Jahr. Ganz enorm ist der Betrag für Abschreibungen heraufgeschritten. Auch die Lantienanzahl ist höher als 1916.

Das Aktienkapital der genannten neun Firmen ist von 244,5 auf 392,1 Millionen Mark gegen 1916 erhöht worden. Das ist eine Zunahme von 147,6 Millionen. Trotz der fortwährenden Kapitalverwässerung will ein Verstecken der hohen Dividendenätze nicht recht gelingen. Die hohen Gewinnzahlen wären noch höher, wenn nicht übermäßige Abschreibungen und Rückstellungen erfolgt wären. Allein bei den sechs größten Fabriken: Anilin-Sudwigs-hafen, Farbwerke-Höchst, Bayer-Elsberfeld, Anilin-Treptow, Elektron-Griesheim und Weiler der Meer-Verdingen sind die sichtbaren Abschreibungen um 18,3 Millionen Mark höher als im Vorjahr. Der Bruttogewinn hat eine Zunahme um 41,4 Millionen Mark erfahren. Der Reingewinn der sechs Firmen ist um 14 Millionen auf 110 Millionen Mark angewachsen. Die Aktionäre erhielten zusammen 63,10 Millionen oder 9,93 Millionen Mark mehr als 1916. An Lantienamen kamen 8,25 Millionen Mark zur Verteilung. Das sind wirklich märchenhafte Gewinne, und es ist zu verstehen, wenn die Firmen bemüht sind, zu verwässern und zu verstecken, damit der Anreiz auf die Arbeiter zu Lohnforderungen weniger in Erscheinung treten möchte.

Papier-Industrie

Der Dividendensiegen der Papierindustrie im Jahre 1917.

II.

Zellstoff-, Holzstoff- und Pappfabriken.

Die Geschäftsergebnisse der Papierstoffindustrie-Aktiengesellschaften können den Bilanzen der Papierfabriken würdig zur Seite gestellt werden. Der Bedarf an Zellstoff für die Spinnpapier-, Sprengstoff- und Verbundstofffabrikation sowie die lebhaft nachgefragten Holzstoff und Pappen für den Heeresbedarf und die Verwendung dieser Artikel als Ersatzstoffe in den Metall-, Holz- und andern Industriezweigen hat preissteigernd gewirkt.

Dieses gemeinsame finanzielle Interesse der Papier- und Papierstofffabrikanten kommt auch zum Ausdruck in der starken Beteiligung dieser Unternehmer in den zum Schutze ihrer Industrien errichteten wirtschaftlichen Organisationen. Bei allen Preiskämpfen gegen ihre Abnehmer hatten die Papierfabrikanten auch die Zellstoff-, Holzstoff- und Pappenindustriellen auf ihrer Seite.

Geschäftsabläufe der Zellstoff-, Holzstoff- und Pappfabriken, A.-G., in den 1. Halbjahren 1913 und 1917.

Table with 11 columns: Firma, Aktienkapital, Abschreibungen, Reingewinn, Verluste, Dividende, Dividende in Prozent. Rows include Zellstofffabriken (Verein für Zellstoffindustrie, Zellstofffabrik Höttingen, Holzstoff- u. Papierfabrik Neustadt, Schwarzburger Zellstofffabr.) and Holzstoff- u. Pappfabriken (Mühlworte, K. G., Arnberg i. B., Zellstoff- und Pappfabrik Güntrich-Etina, etc.).

1 Die Zellstoff- und Papierfabrik Neustadt im Schwarzwald hat 1917 wieder ihre Bilanz veröffentlicht, die sie seit 1908, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, geheimgehalten hat.
2 Die Holzstofffabrik Wanger hat 1913 einen Verlust von 17 814 Mark.
3 Die Lederpappfabrik Groß-Särchen hatte 1913 einen Reingewinn von 147 370 Mark.

Mögen auch manchmal die speziellen Interessen der einen Industriebranche ihre Schattten auf das Bundesverhältnis geworfen haben, eine Zerstückung der Bundesstreue haben sie nicht herbeizuführen vermocht. Im Gegenteil. Die Kriegsverhältnisse haben dazu beigetragen, die Interessengemeinschaft der Papiererzeugungsindustriellen noch fester zusammenschließen, die denn auch in dem am 1. März 1918 ins Leben gerufenen „Zentralausschuß für die Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Fabrikation“ zur vollen Blüte gelangte.

Die Geschäftsergebnisse der gesamten Papiererzeugungsindustrie verlaufen in fetten Zahlen die im Kriege noch fester geschilderte Einigkeit der Papiererzeugungsindustriellen, und ein reichlicher Dividendensiegen fällt in den Schoß der auf Kriegsgewinne harrenden Aktionäre. Von sämtlichen vier Zellstoffaktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr in der ersten Hälfte des Jahres 1917 zu Ende ging, konnte 1913 nur ein Unternehmen Dividende zur Auszahlung bringen, während das Kriegsjahr 1917 allen Gesellschaften die Möglichkeit bot, Dividenden bis zu 20 Prozent zu verteilen.

Mit den Zellstoffritten führen auch die Brüder von der Pappen- und Holzstoffwelt die Glücksgöttin Fortuna zum Reigen um das goldene Kalb. Auch sie haben Gewinne gehäuft, die teilweise den doppelten und dreifachen Betrag der Friedenszeit erreichen. Von allen sechs Unternehmen, die in der folgenden Tabelle verzeichnet sind, hat eine einzige Firma mit Defizit gearbeitet, die andern aber verteilen Dividenden von 6 bis 22 Prozent.

Der organisatorische Zusammenschluß, verbunden mit der Festsetzung von Richtpreisen, hat den Pappen- und Holzstofffabrikanten die Erringung recht erheblicher Preissteigerungen ermöglicht, die den Kapitalgebern dieser Industrie das „Durchhalten“ wesentlich erleichtern. Wir empfehlen die nachstehende Zusammenstellung der gründlichen Prüfung unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Zellstoff-, Pappen- und Holzstoff-Industrie:

Die Bilanzen der Zellstoff-, Holzstoff- und Pappen-Industrie, die übrigens auch einen guten Maßstab über den finanziellen Stand der andern im Privatbesitz befindlichen Werke abgeben, beweisen zur Genüge, daß diese Unternehmungen während der Kriegszeit eine bedeutende Stärkung ihrer Finanzkraft erreicht haben und dadurch wohlgerüstet der kommenden Friedenswirtschaft entgegengehen können. Man sollte annehmen, daß auch die Arbeiterchaft an diesen Kriegsgewinnen durch Gewährung hoher Kriegsloöhne teilnimmt. Dem ist aber nicht so.

Dasselbe traurige Wirtschaftsbild bietet die Lage der Pappen- und Holzstoffarbeiterchaft. Auch in diesem Industriezweige ist die 12stündige Arbeitsschicht noch in voller Blüte, und die 24stündige Arbeitsschicht hat in verschiedenen Betrieben während der Kriegszeit die Wiederauferstehung erlebt. Dabei ist die Bezahlung dieser Arbeiterchaft noch schlechter als in der übrigen Papiererzeugungsindustrie; die stärkere Heranziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter zur Maschinenarbeit und schweren körperlichen Arbeitsleistung ist sogar noch erheblicher.

Ein neuer Fischzug des Papiergarntrüsts.

Wiederholt haben wir im „Proletarier“ darauf verwiesen, daß der Papiergarntrüsts Hartmannscher Richtung immer mehr versucht, leistungsfähige Betriebe der Papierfabrikation seinem Konzern anzugliedern. Jetzt ist es ihm auch gelungen, die bekannte Papier- und Kunstdruckpapierfabrik von Krause u. Baumann in Heidenau in seine Fangarme zu schließen.

Ein Gleichnis.*)

An einem See im fernen Westen der Union, zur Zeit der ersten An siedlung, sitzt ein Mann mit der Angel und fischt. Ihn und wieder ist er gezwungen, die Arbeit zu unterbrechen, um neuen Köder zu jaden, auch zum Gewehr zu greifen, um sich herumtreibender feindlicher Präventoren zu erwehren. Mit dem Ertrag seines Fanges macht er sich allmählich ein paar mal auf den Weg nach dem nächsten Markt, um dafür andre Bedarfsartikel, Kleider, Putzer, Blei usw. einzukaufen.

bei der Arbeit mit der Art ins Meer zu hauen. Während er damit beschäftigt, kommt ein Reiter, der sagt: ich bin Arzt, ich sehe, daß du schwer verwundet bist; damit kannst du vier Wochen liegen. Wenn ich dich aber behandle, kannst du schon in acht Tagen wieder arbeitsfähig sein. Der Kranke verspricht ihm einen Teil seines Anteils an Fischen, der Arzt behandelt ihn und macht sein Wort gut. Nach acht Tagen nimmt der Zimmermann seine Arbeit auf, das Boot wird also drei Wochen früher fertig, als wenn der Arzt nicht hinzugelommen wäre; somit fischt der Arzt genau so wie der Mann an der Angel; der Mehrertrag an Fischen während dieser drei Wochen ist ihm zu verdanken und niemandem andern.

In diesem Zustande ist auch von einer sozialen Frage keine Rede. Ist der Fischreichum groß, so werden alle davon im Verhältnis zu ihren freiwillig vereinbarten Verpflichtungen teilnehmen; ist er gering, so müssen sich alle gleichmäßig behelfen, denn die soziale Frage besteht nicht da, wo die Menschen darben müssen, weil die Natur nicht mehr hergibt, sondern da, wo ein Mensch dem andern seinen Anteil verweigert.

Das friedliche Bild harmonischen Zusammenwirkens ändert sich aber mit einem Schlage, denn ein leiser Erdbeben an den Ufern des Sees, ein Mann mit einer Kartenzzeichnung, einer Urkunde und einem großen Siegel daran und erklärt: „Ihr lieben Leute, kommt einmal alle her, ich habe euch eine Mitteilung zu machen. Bei der letzten Wahl habe ich den Präsidenten unterstügt, und da hat mir die Regierung als Belohnung diesen See und seine Umgebung geschenkt oder, um mich an den Wortlaut dieser Urkunde zu halten, sie hat mir die Konzeption erteilt. Nun habe ich gehört, daß dieser See einen bedeutenden Fischreichtum enthält, aus dem ich einen großen Verdienst schöpfen, mehr als das doppelte von dem, was ihr für euren Lebensunterhalt verbrauchen könnt; daher möchte ich euch bitten, mir von jetzt an die Hälfte aller eurer Erträge als Entgelt abzulehnen für das Recht, hier weiter fischen zu dürfen. Wenn es nicht bequäm, dem steht es frei, diese Gegend zu verlassen. Die Frage der Wohnstätten am Meer wird in gerechtester Weise derart geregelt werden, daß der Meistbietende den besten Platz bekommt.“ Was blieb den Leuten andres übrig, als sich zu fügen? Hier hatten sie wenigstens einen Lebensunterhalt;

was ihrer anderswo hatte, mußten sie nicht. Sie blieben, aber die erste Drohung zog mit diesem Neuanfängling ein in ihren Dienstoff. Er braute sich ein Landhaus an den schönen Ufern „seines“ Sees und schaute vergnügt auf die Menschen darunter, die so eifrig für ihn arbeiteten und ihn ernährten, ohne daß er einen Finger zu rühren brauchte. Während bei dem früheren Zustande jeder, indem er selbst verdiente, auch seinen Nebenmenschen einen Dienst erwies, war bei dem Neuanfängling das Gegenteil der Fall, er schädigte sie.

*) Dieses zum Nachdenken anregende Gleichnis ist entnommen dem Buche „Die Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre“ von A. Pohlschmann-Hohenhausen, erschienen im Verlag von R. Voigtländer, Leipzig. Preis 3 Mk.

und zwei weiteren Unternehmungen der Zellstoff- und Papierindustrie demüchsigt bevor.

Diese immer weiter um sich greifende Enghemmerung bedeutender Firmen durch den Kartellismus droht zu einer Gefahr für die Papierverarbeitenden Industrien zu werden, an der auch die Papierarbeiter nicht gleichgültig vorübergehen sollten...

Keramische Industrie

Arbeiterbeschaffung in Bayern.

Für die bayerischen Gebietsstellen kommen durch die Kriegsamstelle italienische Arbeiter aus den besetzten Gebieten in Venetien zur Verteilung.

Die Bedingungen, unter welchen die Leute angefordert werden können, sind folgende:

Die Verteilung eines Auftrages erfolgt gegen Auftragschein an die Deutsche Arbeiterzentrale in Berlin.

Den Aufträgen ist ein Genehmigungsschein zur Beschäftigung italienischer Arbeiter vom zuständigen Generalkommando beizufügen.

Ein Kostenanschlag ist sofort an die Deutsche Arbeiterzentrale in Berlin einzuwenden; zuziel erhobene Beträge werden zurückerstattet.

Der Vorschlag beträgt für gelernte Arbeiter 35 M., für ungelernete 30 M.

Die Arbeiter sind in Rosenheim in Empfang zu nehmen und auf Kosten der Arbeitgeber an die Arbeitsstelle weiterzubefördern.

Alle Reisekosten gehen auf Rechnung des Arbeitgebers.

Die Abfahrt der Arbeiter wird dem Auftraggeber telegraphisch angezeigt, damit er für rechtzeitigen Empfang besorgt sein kann.

Gewähr für Zurückzahlung von Sachwerten wird nicht übernommen.

Die gesamten Kosten für einen Arbeiter werden sich auf ungefährl. 100-120 M. belaufen; diese Kosten dürfen dem Arbeiter am Lohn nicht abgezogen werden.

Zu diesen Kosten kommen noch diejenigen, welche durch die Verbringung von Rosenheim zur Arbeitsstelle entfallen.

Die italienischen Arbeiter haben die gleichen Arbeitsbedingungen wie die deutschen Arbeiter; es müssen die Versicherungen geleistet werden; die Arbeitsverträge laufen auf 6 Monate; während dieser Zeit können die Arbeiter nicht entlassen werden.

Der Lohn pro Tag darf nicht unter 6 Lire (4,80 M.) betragen. Das ist der Mindestlohn, der unter allen Umständen bezahlt werden muß.

Ausland.

Zusammenschluß österreichischer Unternehmerverbände.

Drei der wichtigsten Unternehmerverbände Österreichs haben sich zu einem Reichsbund der österreichischen Industrie zusammenschlossen. In Betracht kommen der „Industrieller Klub“, der ausschließlich die Großindustriellen umfaßt, der Zentralverband der Industriellen Österreichs, in dem die Mittelindustrie organisiert ist, und der „Bund österreichischer Industrieller“ als Vertretung der Kleinindustrie.

Keine Unbefonnenheiten.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf der Reichsleitung der sozialistischen Partei in Österreich, in dem unter Hinweis auf die allgemeine europäische Lage festgestellt wird, daß der gegenwärtige Zustand in Österreich nicht günstig ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Salz. In der Generalversammlung vom 12. Mai gab Kollege Herrwig die Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 1. Quartal 1918. Die Hauptarbeit habe in Anschaffung und Ausgabe 20.309,50 M., die Zahlstelle 37.563,12 M. Gegenüber dem vierten Quartal ist die Umsatzsteigerung von 1500 auf 3017,60 M. gestiegen.

Die Beschlüsse, die Löhne unter Mitglieder der neuen Lebensversicherung zu erhöhen und den uns unermessliche geschätzten Preisen für Lebensmittel entgegen zu sein, sind ohne Erfolg geblieben. Somit Vereinbarung mit dem Arbeiterbund ergibt die Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Eisenwerke vom 1. Januar an eine Lohnsteigerung von 10 Prozent.

Auf die Arbeiter der Stadt und Stadtteil sollte einige Besondere Rücksicht genommen werden. Die Arbeiter der Stadtteil sind in der Regel die Arbeiter der Stadtteil. Die Arbeiter der Stadtteil sind in der Regel die Arbeiter der Stadtteil.

Der Beitrag

Fabrikarbeiterverband hat im Jahre 1917 für 220.234 Personen eine wöchentliche Lohnsteigerung von 1.017.299 M. erzielt. Davon entfallen auf die einzelne beteiligte Person 4,62 M. pro Woche an Mehreinkommen. Damit ist der Beitrag

ist

an den Verband reichlich aufgewogen. Eine bessere Verzinsung gibt es nirgends. Ferner wurde für 18.327 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 153.056 Stunden wöchentlich durchgeführt. Das

mir

ein kultureller Fortschritt, der noch viel größer sein könnte, wenn alle Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert wären. Die Industrie wirkt heute glänzende Gewinne ab. Wenn die Arbeiterschaft mancher Betriebe leer ausgeht, so ist sie in den meisten Fällen selbst schuld. Viele müssen sich sagen, auch an

zu

hat es gelegen, daß in unsern Betrieben nichts unternommen werden konnte, weil keine Organisation vorhanden war, oder weil sie noch

hoch.

schlecht ausgestattet war. Diese Tatsache sollen alle Unorganisierten einsehen und entsprechend handeln. Dann werden sie sehr bald an den Errungenschaften der Organisation teilnehmen und werden selbst gesehen: Das kleine Opfer, der Beitrag, ist nicht zu

mehren. Die allgemeine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit ist noch nicht erledigt; hoffentlich werden die Verhandlungen die gesetzlichen Wünsche der Arbeiterchaft befriedigen.

Anschließend an diese Ausführungen gab Kollege Krahnfeld den Bericht der Agitationskommission. An der Hausagitation, die ständige Einrichtung geworden ist, haben sich laufend 8 Kollegen beteiligt. Es wurden 324 Adressen bearbeitet. Neuaufnahmen wurden 143 erzielt.

Zu der allgemeinen Diskussion wird von den Kollegen der chemischen Industrie lebhaft Rede geführt über die ständigen Lohnabsätze. Die bisherigen Geschäftsabläufe zeigen aber deutlich, daß die Industrie auch der Arbeiterchaft einen ausreichenden Lohn zahlen kann. Die beste Antwort sei, die Organisation zu stärken. Man solle der Arbeiterchaft nicht den Vorwurf machen, Ursache gestiftet zu haben.

Zum zweiten Punkt wurde beschlossen, dem Vorstand den Antrag zu unterbreiten auf Beteiligung an der Miteigentumschaft für Wohnungsbau. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Schwärmsied (Walzrohe). In der am 9. Juni bei Hener tagenden Mitgliederversammlung konnte mit Genehmigung konstatiert werden, daß mit ganz wenigen Ausnahmen alle Kolleginnen und Kollegen der beiden in Frage kommenden Betriebe, Weingärtner u. Ko. und Bentele, sich dem Verbande angeschlossen haben. Auch der heutige Verkaufungsbesuch war ein recht befriedigender. Die Versammelten hörten aufmerksam den Ausführungen des Koll. Fröhl (Hannover), zu der noch einmal auf die Vorteile eines engen Zusammenschlusses hinwies.

Selbst. Man läßt sie hungern! In von der Natur außerordentlich bevorzugter Gegend liegt die Schreiber Papierfabrik. Vom Realisationsrecht hat die Arbeiterchaft des Betriebes bisher leider noch keine ausreichenden Gebrauch gemacht. Angst und Furcht, die Papierwerke verlassen zu müssen, hat sie immer abgehalten.

Rundschau

Verwendung der Ludendorff-Spende.

Ein ganz neuer Grundgedanke ist für die Verteilung der durch die Ludendorff-Spende zusammengebrachten Gelder aufgestellt worden: Sie fließen nicht, wie das bei andern Sammlungen üblich war, in einen Zentralfonds zusammen, um von da aus wieder über das Deutsche Reich verteilt zu werden, sondern sie bleiben von vornherein in dem Landesteil, in dem sie gesammelt worden sind.

Die Aufgaben, die mit den gesammelten Mitteln zu lösen sind, umfassen in Ergänzung der staatlichen Fürsorge: Fortsetzung der Heilbehandlung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, vor allem aber in gewissen Fällen Darlehnunterstützung. Die Notwendigkeit einer solchen hat sich auf Grund der bisherigen Kriegserfahrungen bereits herausgestellt.

Daß es bei all dem guten Willen Enttäuschungen geben wird, kann nicht ausbleiben bei der Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel. Es wird nur sein, wenn Versicherungen und Wünsche nicht allzu hoch geschraubt werden.

Die Reichsbeleidigungsstelle gegen niedrige Preise.

Die Reichsbeleidigungsstelle hat folgende Bekanntmachung erlassen: Da die bisherigen Bestimmungen über die Kleinhandelspreise für Baumwollnähmaschinen und Nähmaschinen, die lediglich das Fordern oder Annehmen höherer als der jeweils öffentlich bekanntgemachten Preise unterlag, im Geschäftslieben zu Unzuträglichkeiten geführt haben, wird hiermit auch das Fordern oder Annehmen niedrigerer Preise verboten.

Die Beforgnis der Reichsbeleidigungsstelle ist wirklich überflüssig. Wir haben nach den jahrelangen Erfahrungen keine Angst, daß für irgendeinen greifbaren Artikel zu niedrige Preise gefordert werden.

Die Kassenarzhonorare von heute.

F. R. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat eine Umfrage darüber veranstaltet, welche Jahreseinnahmen die Kassenärzte bei den gegenwärtigen Honoraren erzielen. Nach den Ermittlungen erhielten einzelne Ärzte von den Ortskrankenkassen in Kassel 27.800 M., Chemnitz 16.000 M., Gera 38.300 M., Karlsruhe 23.000 M., Leipzig 22.000 M., Lübeck 16.000 M., Magdeburg 17.500 M., München 19.800 M. ufw.

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Blaue Monatskarten — Gelbe Quartalkarten.

Bis spätestens 4. Juli müssen sowohl die statistischen blauen Monatskarten als auch die gelben Vierteljahrberichtsarten nach Hannover gesandt sein. Dieser Zeitpunkt muß eingehalten werden, weil das Ergebnis der Statistiken bis zum 10. Juli dem Statistischen Amte eingehandt sein muß.

Zahlstellen, die überhaupt nicht oder zu spät berichten, werden im „Proletarier“ mit Namen veröffentlicht. Soweit sich in einigen Zahlstellen keine Berichtskarten mehr befinden, können diese solche beim Vorstand bestellen.

Alte Marken einlösen.

Da bereits am 1. April die neuen Beitragsmarken zur Ausgabe gekommen sind, dürfen alte Marken nicht mehr zur Verwendung kommen. Alte Marken dürfen an Stelle neuer auch dann nicht mehr gelöst werden, wenn sie im Werte gleich sind.

Som 11. Juni 1918 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Walzrohe 600,—, Memmingen 20,—, Blauenfelder Grund 1616,95, Mannheim 1000,—, Lübeck 800,—, Straßa a. G. 200,—, Que 1. Erg. 100,—, Nürnberg 10,—, München 1,80, Pardölm 500,—, W. Juni 20,—, Wolgast 800,—, Gnar 500,—, Kieja a. G. 500,—, Geßhacht 500,—, Ludwigshafen 1000,—

Schluß: Montag, den 17. Juni, mittags 12 Uhr.

Jr. Brun s, Kassierer.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-

Bücher und -Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Deffau. 1. Bevollmächtigter: Chr. Kühne, Jörniger Straße 17. Eisenach. Salentin Bauer, Marienstraße 40. Memmingen. Gau 10. Michael Schurt, Baumstraße 7. Karlburger. Lindendorferstraße 28. Frankfurt a. d. Haardt. Katharina Reiser, Kurze Gasse 9. Straßburg. Anton Florence, Paargasse 8.